

9. Plenarsitzung am 10. März 2010 - Antrag der Fraktionen LINKE und SPD sowie Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum Thema: "Kürzungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2010" - Rede von Patrick Schreiber MdL

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Als erstes – und das ist ernst gemeint – möchte ich mich bei allen Demonstranten bedanken, die heute ihre Stimme erhoben, vor dem Landtag für die Sache der Kinder- und Jugendhilfe gekämpft und sich zu Wort gemeldet haben. Auch wenn es vorhin einen anderen Eindruck gemacht hat: Diesen Dank möchte ich für meine gesamte Fraktion ausdrücken.

Bevor ich inhaltlich anfangen möchte, möchte ich kurz einiges zu Herrn Homann sagen. Herr Homann, bitte nehmen Sie mir Folgendes nicht übel: Ich glaube, wenn Sie vor dem 30.08.2009 hier im Haus gesessen hätten, wäre diese CDU-SPD-Koalition sicherlich nie in der Lage gewesen, fünf Jahre durchzuhalten. Sie haben hier deutlich gemacht, dass Sie es nicht verstehen, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das ist im Übrigen sehr schade.

Herr Homann, Sie haben immer wieder dargelegt, dass Sie viel mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und in der Jugendhilfe bewandert sind. Ich hatte ein wenig den Eindruck, dass Ihre Darlegungen bedeuten, wenn Kinder und Jugendliche nicht mehr in dem Maße Leistungen durch die Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen erfahren können, dass diese in Sachsen dann alle zu Verbrechern und zu Menschen werden, die irgendwo eingewiesen werden müssen.

Ich glaube, damit tun Sie den Kindern und vor allen Dingen den Eltern dieser Kinder ziemliches Unrecht.

Abschließend möchte ich noch zu Herrn Homann sagen – damit möchte ich es bewenden lassen –: Herr Homann, Sie haben gerade behauptet, Sie bzw. die SPD waren fünf Jahre lang die Stimme der sozialen Vernunft in Sachsen. Ich sage Ihnen, Sie hatten einfach das Glück, dass Sie fünf Jahre in der Regierung sitzen durften, als es diesem Freistaat wirtschaftlich besser ging als heute und als es in den kommenden Jahren der Fall sein wird.

Herzlichen Glückwunsch. Dass Sie die Verantwortung dafür für schlechtere Zeiten nicht übernehmen können, haben Sie bewiesen.

Jetzt würde ich gern mit ein paar Fakten zu diesem Thema aufräumen. Zum Einen bitte ich darum, dass das Hohe Haus anerkennt, dass wir von zwei Ebenen reden. Die eine Ebene ist der Haushaltsvollzug im Jahr 2010 und die andere Ebene ist der kommende Doppelhaushalt für die Jahre 2011/2012.

Die Bewirtschaftungsmaßnahmen, die derzeit durchgeführt werden – dass das auch dort draußen nicht richtig verstanden wird, ist aufgrund der Darstellung kein Wunder –, beziehen sich auf das Jahr 2010. Der Haushalt, den dieses Hohe Haus im Jahr 2008 beschlossen hat, wird nicht angefasst, sondern es handelt sich um eine

Haushaltssperre. Das sagen Sie aber nirgendwo. Damit verunsichern Sie nicht nur hier die Leute, die sich mit dem Thema nicht auskennen, sondern Sie verunsichern vor allem alle, die dort draußen für ihre Interessen kämpfen. Diejenigen, mit denen man spricht, bringen es klar zum Ausdruck, dass sie davon ausgehen, dass wir heute und hier eine Debatte darüber führen, wie der kommende Doppelhaushalt aussieht.

Fakt ist: Wir haben eine Steuerschätzung bekommen mit 864 Millionen Euro Steuermindereinnahmen. Wir haben Bewirtschaftungsmaßnahmen in Höhe von 140 Millionen Euro immer unter der Maßgabe, sich nicht neu verschulden zu wollen. Und – das ist die nächste Legende, die ich hier widerlegen will – es geht nicht nur darum, dass im Bereich Kinder- und Jugendhilfe gespart wird, also im Sozialministerium von Frau Clauß. In diesem Sozialministerium sind es 14,4 Millionen Euro; 23,4 Millionen Euro durch die 9 Millionen Euro Mehrausgaben in den gesetzlich verpflichtenden Bereichen.

Aber es gibt auch noch andere Bereiche in diesem Land, zum Beispiel das SMWK mit 23,9 Millionen Euro, das SMWA mit 24,8 Millionen Euro, wo im Übrigen der Straßenbau dahinter steht, das SMUL mit 13,4 Millionen Euro und mit sage und schreibe 65 Millionen Euro das Finanzministerium.

Es ist also falsch, dass diese Einsparungen nur bei den Kindern und Jugendlichen stattfinden. Aber es ist gut, dass gerade Kinder und Jugendliche und die Jugendhilfelandchaft sich lautstark zu Wort melden. Wir wissen außerdem, dass die Einsparungen, die im Sozialministerium möglich sind, das heißt der Korridor, der sich uns bietet, um dort Einsparungen vorzunehmen, wahrscheinlich am engsten von allen Ministerien abgesteckt ist. Es sind nämlich 85 % bis 90 % gesetzlich gebundene Leistungen, an die man gern herangehen kann. Aber wenn die Gelder benötigt werden, müssen sie auch vorhanden sein.

Ich halte es in dieser Diskussion – auch im Hinblick auf den kommenden Doppelhaushalt – für absolut verkehrt, wenn wir verschiedene Politikfelder gegeneinander aufwiegen. Denn es nützt dem Kind oder dem Jugendlichen überhaupt nichts, wenn er eine super Kinder- und Jugendhilfebetreuung bekommt, wenn er vielleicht außerdem in eine prima sanierte Schule geht und die Eltern vorher weiterhin einen Kita-Platz für ihn haben, er aber nach seinem Studium oder seinem Berufsabschluss hier keinen Arbeitsplatz findet und unseren Freistaat verlässt.

So viel Ehrlichkeit müssen Sie annehmen. Es ist wohl logisch, dass Infrastrukturmaßnahmen notwendig sind, um den Kindern von heute morgen eine Zukunft bieten zu können. Das sagen Sie draußen, wenn Sie dort sprechen, in keiner Weise.

Zur Jugendpauschale. Wir befinden uns derzeit auf einem Niveau von 14,30 Euro pro Kind und Jugendlichen von 0 bis 27 Jahren in diesem Freistaat. Eingeführt wurde die Pauschale 2002, also vor acht Jahren, in Höhe von 10,25 Euro. 2005 betrug sie 10,99 Euro. Das heißt, wir befinden uns heute mit der Jugendpauschale von 10,40 Euro auf einem Niveau der Zeitspanne zwischen 2002 und 2005.

Ich frage Sie – und das geht vor allem in Richtung SPD: Lag die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2002 oder im Jahr 2005 so am Boden, wie Sie es heute

darstellen?

Da sage ich Ihnen: Das ist mitnichten so gewesen. Es ist im Übrigen auch unfair den Leuten gegenüber, denen Sie unterstellen, dass damals alles darnieder lag.

Es wurde bereits mehrfach aus dem Wahlprogramm oder aus dem Koalitionsvertrag zitiert. Was da drin steht, ist richtig. Es behält auch seine Gültigkeit. Wir werden die Kommunen weiterhin mit der Jugendpauschale unterstützen. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Und: Wenn die Diskussion, die wir derzeit führen, dazu beigetragen hat, dass wir die Jugendpauschale von 10,40 Euro auch im nächsten Doppelhaushalt festmeißeln können, dann haben wir unter der Maßgabe, dass 1,7 Milliarden Euro fehlen, unheimlich viel geleistet. So ehrlich müssen Sie dann auch einmal sein.

Die Weiterentwicklung der Jugendpauschale wird vonseiten der Opposition immer nur mit mehr Geld in Verbindung gebracht. Weiterentwicklung ist aber nicht nur mehr Geld, sondern wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir zum Beispiel den demografischen Unterschied zwischen Stadt und Land ausgleichen wollen.

Dafür brauchen wir aber Zeit, und dafür müssen wir das Jahr 2010 nutzen, um fachlich die Jugendpauschale entsprechend den demografischen Gegebenheiten auch anzupassen. Die Zeit müssen wir uns nehmen. Es sind überhaupt keine Schnellschüsse notwendig.

Zum Thema Neuverschuldung: Wir reden über 1,7 Milliarden Euro weniger im Haushalt im nächsten sowie im übernächsten Jahr. Und wer weiß, was uns darüber hinaus noch erwartet. In aller Deutlichkeit: Die Damen und Herren hier im Haus und auch auf der Straße, die sich – in meinen Augen zu Recht – darüber aufregen, dass gewisse Regierungsparteien auf Bundesebene eine Neuverschuldung zu Ungunsten der nachfolgenden Generation in Größenordnungen aufnehmen, sind die selben Parteien, die sich heute, wenn es um die eigenen Interessen geht, hier hinstellen und nach Neuverschuldung rufen! Ich sage Ihnen auch, warum ich Ihnen von der SPD und den Linken das unterstelle. Weil Ihr Antrag fordert, dass sämtliche Einsparungen bzw. die momentane Haushaltssperre des SMS rückgängig gemacht werden. Dass 23,4 Millionen Euro nicht eingespart werden sollen.

Ihr Antrag ist prinzipiell richtig. Ihr Antrag sagt aber an keiner Stelle, nicht einmal in der Begründung, wo Sie das Geld hernehmen wollen. Dies ist auch der entscheidende Grund, warum man diesen Antrag so nicht annehmen kann. Sie wollen es über eine Neuverschuldung machen. Aber: verantwortungsvolle Politik bedeutet nicht, dass wir es uns heute „gut gehen lassen“ und überhaupt nicht die Verantwortung für die Generationen übernehmen, die diese Schulden zurückzahlen müssen.

Lassen Sie mich dies an einem Beispiel verdeutlichen, der Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro. Ich hoffe, Ihnen ist bewusst, welche Auswirkungen diese richtige Maßnahme auf den Haushalt des Freistaates hat: Die 20 Euro mehr sind sage und schreibe 3 Millionen Euro Mehrkosten für den Freistaat. Man kann doch nicht immer nur mit der Lupe auf ein Politikfeld schauen und überhaupt nicht

begreifen, was rechts und links auch noch passiert. Soviel dazu.

Wir wollen im Hinblick auf den nächsten Doppelhaushalt natürlich gemeinsam mit Trägern, Verbänden und Engagierten in der Kinder- und Jugendhilfe darüber reden, wie wir die Einsparungen sinnvoll umsetzen können. Das haben wir im Übrigen auch immer gesagt – in Einzelgesprächen, im Landesjugendhilfeausschuss. Es geht dabei nicht darum, die sogenannte Rasenmähermethode anzuwenden, sondern gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Dabei muss allerdings klar sein, dass wir am Ende also eine Strukturdiskussion führen. Wenn wir das Niveau von heute beibehalten wollen, bedeutet das schlicht und einfach: Wir müssen das gleiche Geld aufwenden. Das heißt, wie ich vorhin ausgeführt habe: Wenn das Geld nicht vorhanden ist, müssen wir uns neu verschulden.

Herr Dulig – noch einige Worte zu Ihnen: Zum einen fordern Sie einen Runden Tisch Finanzen. Das ist gut, denn Runde Tische haben nach meinem Kenntnisstand immer gute Ergebnisse gebracht, die von der Mehrheit getragen wurden. Zum anderen fordern Sie den Rücktritt derjenigen, die an diesem Tisch Platz nehmen sollen. Herr Dulig, ich frage mich ernsthaft, wer an diesem Runden Tisch Platz nehmen soll! Zudem bin ich der Meinung, dass Sie sich Ihre Rücktrittsforderung an Frau Staatsministerin Clauß, die sich ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst ist, wirklich hätten sparen können.

Zum zweiten Antrag zur Jugendpauschale, dem Antrag der Fraktion Grüne, möchte ich nur so viel sagen: Wir haben lange darüber diskutiert, wie das funktionieren soll, wenn Sie die Einsparungen bis 31. Mai 2010 aussetzen wollen. Sie hingutgläubig hinzustellen und zu sagen: Die Steuerschätzung im Mai wird eine ganz tolle, da prasseln die Millionen wieder auf uns ein, wir waren jetzt nur mal kurz in einem Tief – ist für jeden, der ein bisschen wirtschaftlich denken kann, illusorisch.

Beschließen wir jedoch danach, die Einsparungen in der Jugendpauschale vorzunehmen, um uns nicht neu zu verschulden, passiert folgendes: Die Kommunen zahlen die Jugendpauschale bzw. die Förderung in den Kommunen an die Träger der Angebote auf der Grundlage der momentanen Beschlussfassung aus. Die momentane Beschlussfassung. Diese besagt: 14,30 Euro Jugendpauschale.

Doch was bedeutet das letztendlich? Füllen wir im Sommer 2010 den Beschluss, die Jugendpauschale doch kürzen zu müssen, bedeutet das, dass bei den freien Trägern im Oktober, im November oder spätestens im Dezember kein einziger Cent mehr ankommt, weil nämlich alles, was durch die Einsparungen kompensiert werden soll, vorher schon auf dem Niveau 2009 aufgebraucht worden ist.

Also ist dieser Antrag gut gemeint, Aber wir wissen alle, wie es ist. Gut gemeint ist eben an der Stelle nicht praktikabel. Es funktioniert nicht und es ist unfair gegenüber den Menschen, die draußen ihre Arbeit machen.

Abschließend möchte ich beim Thema Jugendpauschale noch eine andere Komponente ins Spiel bringen. Die Jugendpauschale – für alle die, die das nicht wissen – ist eine Pauschale, die das Land Sachsen pro Kind und Jugendlichen von null bis 27 Jahre an die Kommunen zahlt, an die Landkreise, an die Kreisfreien Städte. Die Kommunen müssen mindestens den gleichen Betrag pro Kind und Jugendlichen in die Jugendhilfe stecken. Das sind theoretisch 14,30 Euro.

Es ist hochspannend, wie unterschiedlich die Kommunen die eigene politische Prioritätensetzung gestalten. Die Stadt Chemnitz nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Sie steckt sage und schreibe noch einmal 102 Euro zusätzlich pro Kind und Jugendlichen in die Förderung. Super! Wenn Sie jetzt noch erklären, wie sie das angesichts des Haushaltslochs, das in Chemnitz bekannt geworden ist, halten wollen..

Die Stadt Dresden gibt noch einmal 37,37 Euro dazu. Aber es gibt auch Kreise, wie zum Beispiel Meißen – vorhin von Frau Klepsch angebracht–, oder Leipzig. Leipzig liegt bei 14,70 Euro, Meißen liegt bei 14,30 Euro. Da sage ich ganz deutlich, selbst als Stadtrat im Dresdner Jugendhilfeausschuss: Es ist nicht zuletzt – vielleicht sogar zuerst – die Aufgabe und die Verantwortung der Kommunen, in der eigenen Stadt, im eigenen Haushalt eine entsprechende Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe zu leisten!

Ich appelliere an die Kommunen und an jeden, der in einer Kommune Verantwortung trägt, darauf zu achten, dass die Kommunen dem entsprechend nachkommen und eine entsprechende Wertigkeit in diese Arbeit legen.

Noch einen letzten Satz zu Frau Klepsch. Frau Klepsch, wir haben bisher immer sehr sachlich diskutiert, egal ob in bilateralen Gesprächen oder im Landesjugendhilfeausschuss. Aber der Appell geht wirklich an alle. Hören Sie bitte auf, die verschiedenen politischen Bereiche – Sie nannten zum Beispiel den City-Tunnel, Sie nannten das Porzellanshloss – gegeneinander auszuspielen. Jeder weiß doch, dass ohne Tourismus weniger Einnahmen in dieses Land fließen.

Jeder weiß doch, dass unsere Einnahmen momentan 56 % unserer Ausgaben betragen. Das heißt, wir müssen, um für die Zukunft gewappnet zu sein, unsere Einnahmen erhöhen. Das heißt natürlich, dass wir in die Bereiche Geld stecken müssen, die Einnahmen generieren.

Ich sage Ihnen eines: Ich möchte keine zweite Stadt in Sachsen haben, der es geht wie Hoyerswerda. Wo liegen denn die grundsätzlichen Probleme in Hoyerswerda? Beispielsweise in fehlender Infrastruktur. Da sind wir wieder beim Ausgangspunkt: Wie will ich hier und heute Kinder- und Jugendarbeit machen, wenn ich den Kindern und Jugendlichen, wenn sie 20 oder 25 oder – nach dem Studium – 27 Jahre alt sind, hier keine Perspektive und keinen Arbeitsplatz anbieten kann?

Ich weiß sehr wohl, dass das alles letztlich hart klingende Worte sind. Ich weiß auch, dass es sicherlich dem einen oder anderen Träger in der freien Jugendhelfelandschaft nur relativ wenig bringt und dass die Probleme heute da sind. Das ist uns völlig bewusst. Aber Sie müssen auch eines verstehen: Diese beiden Fraktionen, CDU und FDP, tragen Verantwortung für dieses Land. Deshalb kann man nicht, wie es die Opposition macht, unbegründet – unbegründet im Sinne von unfinanziert – Forderungen durchdrücken. Ich bin froh, dass die Mehrheit durch die Koalitionsfraktionen abgesichert ist, denn alles andere geht zu Ungunsten der Generationen von morgen und das in allen Politikbereichen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.